

Kroh, Martin; Wittenberg, Erich

Article

"Arme und Arbeitslose zeigen geringeres politisches Interesse": Sieben Fragen an Martin Kroh

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Kroh, Martin; Wittenberg, Erich (2013) : "Arme und Arbeitslose zeigen geringeres politisches Interesse": Sieben Fragen an Martin Kroh, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 80, Iss. 42, pp. 16-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/85374>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Prof. Dr. Martin Kroh, Stellvertretender
Direktor der Infrastruktureinrichtung
Sozio-ökonomisches Panel am DIW Berlin

SIEBEN FRAGEN AN MARTIN KROH

»Arme und Arbeitslose zeigen geringeres politisches Interesse«

1. Herr Kroh, Sie haben die Ungleichheit der politischen Beteiligung in Deutschland untersucht. Welche Personengruppen zeigen mehr und welche weniger politisches Engagement? Unser Fokus lag auf Personen in wirtschaftlich prekären Lagen. Deshalb haben wir Arbeitslose und Personen, die von Armut betroffen sind, mit Erwerbstätigen beziehungsweise Personen oberhalb der Armutsrisikoschwelle verglichen. Dabei kann man feststellen, dass Arbeitslose und Personen, die von Armut betroffen sind, politisch weniger interessiert und weniger aktiv sind als die restliche Bevölkerung. Das deckt sich mit Befunden der vergangenen Jahrzehnte aus vielen westlichen Ländern.
2. Wie groß ist dieser Effekt? Wenn man davon ausgeht, dass nach unserer Messung von politischer Mitarbeit, also Mitarbeit in Parteien, Bürgerinitiativen oder Kommunalpolitik im Durchschnitt der Bevölkerung etwa zehn Prozent beteiligt sind, sind es bei Arbeitslosen oder Personen, die von Armut betroffen sind, ungefähr sechs Prozent. Beim politischen Interesse ist mindestens ein Drittel der Bevölkerung politisch sehr stark interessiert. Bei Arbeitslosen und von Armut Betroffenen ist das vielleicht ein Viertel.
3. Wie ist das zu erklären? Es gibt eine Reihe von theoretischen Erklärungsansätzen für diesen Zusammenhang. Manche sehen die Ursachen in der Beschränkung der ökonomischen Ressourcen und der Zugänglichkeit von politischer Partizipation oder auch Rekrutierungsnetzwerken, von denen zum Beispiel arbeitslose Personen stärker ausgeschlossen sind. Naturgemäß trifft man weniger auf Betriebsräte und Gewerkschaften, wenn man von Arbeitslosigkeit betroffen ist. Eine andere Gruppe von Erklärungsansätzen geht eher auf die sozialpsychologischen Folgen ein. Die These ist, dass sich Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, aus sozialen Netzwerken zurückziehen.
4. Ist das geringere politische Interesse direkt auf Armut oder Arbeitslosigkeit oder eher auf die soziale Herkunft zurückzuführen? Nach unseren Befunden bestehen ge-

wisse Zweifel an den Theorien und Erklärungsansätzen, die ich zuvor genannt habe, da sie alle unterstellen, dass ein Rückgang des Engagements eintreten sollte, sobald Personen in Arbeitslosigkeit beziehungsweise Armut geraten. Wenn man jedoch Wiederholungsbefragungen der Analyse zugrunde legt, dann stellt man fest, dass das Niveau der politischen Beteiligung bei diesen Personen sehr gleichbleibend ist. Es ist also nicht so, dass sie mit Eintritt in die Arbeitslosigkeit ihr Engagement verringern. Das wiederum deutet darauf hin, dass die Gründe für diesen statistischen Zusammenhang doch in Ursachen zu suchen sind, die vor diesen Ereignissen liegen, wie zum Beispiel der sozialen Herkunft.

5. Wie hat sich der Ungleichheitsgrad der politischen Beteiligung in den letzten Jahren entwickelt? Es gibt diesbezüglich keinen gradlinigen Trend. Seit der Wiedervereinigung ist aber ein leichter Anstieg festzustellen, der jedoch in den letzten zwei, drei Jahren wieder etwas stagniert.
6. Wie steht Deutschland diesbezüglich im internationalen Vergleich da? Hiermit liegt Deutschland im europäischen Mittelfeld. Wenn man jedoch die direkten Nachbarländer, zum Beispiel die Niederlande oder Frankreich, zum Vergleich heranzieht, dann ist dieses Ungleichheitsniveau in Deutschland doch relativ hoch.
7. Welche Maßnahmen könnten ergriffen werden, um die politische Beteiligung von Arbeitslosen oder Personen mit niedrigem Einkommen zu erhöhen? Wenn man von unseren Ergebnissen ausgehend argumentiert, dass es doch die soziale Herkunft ist, die in starkem Maß diesen statistischen Zusammenhang begründet, sind natürlich Maßnahmen sinnvoll, die bereits in Familien beziehungsweise der schulischen Bildung greifen. Die Bildungsunterschiede sollten verringert werden, damit Personen, die von Armut oder Arbeitslosigkeit betroffen sind, sich nicht zurückziehen, sondern sich engagiert im politischen Prozess beteiligen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden
Sie auf www.diw.de/interview



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
80. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Katharina Wrohlich

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.